

Hochschulzulassung, Neoliberalismus und das Zufällige

Christoph Müller

Zentrum für Information und Beratung (zib) des Karlsruher Instituts für Technologie, E-Mail: c.mueller@kit.edu

Abstract

It will be demonstrated on the basis of deregulation of university admission in Germany that neoliberal inspired reforms can show characteristics of an ideology - if "ideology" is understood as the willingness to ignore historical experience, scientific results, expert opinions and common sense based on political and economic fundamental convictions. This even holds true for the universities' conduct. It will also be questioned if random student admission could be a deliberate part of social engineering of admission procedures even only as a symbolic act of acknowledging limits in the rational administration of educational biographies and in the vindictory policies of selection procedures.

Keywords: College Admission, Neoliberalism, Social Engineering, Random Selection

Manuscript received 20 October 2015, revised 26 October 2015, accepted 18 November 2015.

Copyright note: This is an open access article distributed under the Creative Commons Attribution License, which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided that the original work is properly cited.

Besonders kurz und bündig beschreibt Heinrich Heine ein klassisches Matchingproblem:

Ein Jüngling liebt ein Mädchen,
Die hat einen andern erwählt;
Der andre liebt eine andre,
Und hat sich mit dieser vermählt.

Das Mädchen heiratet aus Ärger
Den ersten besten Mann,
Der ihr in den Weg gelaufen;
Der Jüngling ist übel dran.

In dieser Heiratswelt haben zwei Wunschpartner einander gefunden, die Ehe Zukunft von Mädchen und Zufallsmann ist einigermaßen ungewiss, der Jüngling ist leer ausgegangen. Heine scheint nicht geglaubt zu haben, dass sich am Los des Jünglings etwas ändern ließe. Das Präsen seiner Verse klingt überzeitlich und die letzte Strophe fatalistisch:

Es ist eine alte Geschichte,
Doch bleibt sie ewig neu,

Und wem sie just passiert,
Dem bricht das Herz entzwei.¹

In der Weltliteratur ist das zwar der interessantere Fall, aber wie noch zu zeigen ist, bietet die Spieltheorie schon seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts theoretische Ansätze für die Lösung des so genannten *Heiratsproblems*, welche in Verbindung mit der fortgeschrittenen Computer- und Kommunikationstechnik durchaus etwas zu einer besseren Paarbildung beitragen können. In den westlichen Gesellschaften betrachten wir die Partnerwahl als eine Privatangelegenheit, aus welcher der Staat sich herauszuhalten hat. Anders sieht es in Bildungsangelegenheiten aus. Dieselben werden aus verschiedenen Gründen mehr oder weniger öffentlich organisiert und vor allem finanziert. Der Staat gab im Jahr 2012 rund 22 Mrd. Euro allein für die deutschen Hochschulen (ohne Universitätskliniken) aus. Für die Bildungswilligen und den Steuerzahler stellt sich die Frage: Wer gelangt auf welche Weise an welche Hochschule? Und das ist keine Privatangelegenheit.

¹ Buch der Lieder, Nr. 39.

Man sollte daher annehmen, dass das Publikum gegen eine unintelligente Regelung dieser Angelegenheit um die Jahrtausendwende energisch protestiert hätte. Wie ist es zu erklären, dass von deutschen Hochschulen und Wissenschaftsministerien das evident Unvernünftige zunächst gefordert und dann in die Tat umgesetzt werden konnte, ohne dass sich nennenswerter Widerstand geregt hätte? Nach einem Erklärungsversuch soll aber auch – sozusagen in einem Schritt zurück – erwogen werden, ob es in Bildungsangelegenheiten nicht durchaus Sinn machen könnte, dem Unvernünftigen im Sinne des nicht sicher Vorhersagbaren eine Wirkungsmöglichkeit einzuräumen.

One-to-One-Matchings und Many-to-One-Matchings

Um der Angelegenheit zunächst theoretisch näher zu kommen, sei die Paarbildungswelt in Heines Gedicht auf die vier ursprünglichen Personen reduziert, von denen angenommen wird, dass sie sich alle bereits kennengelernt haben. Für die Bildung möglicher Paare werde das folgende, zentralisierte Arrangement getroffen: Die Männer dürfen nacheinander unbeobachtet in mehreren Runden die jeweilige Frau fragen, ob sie mit dem fragenden Mann ein Paar bilden will. Die Frauen können antworten: „Ja“, „Nein“ oder „Frag später noch einmal nach.“ Nehmen wir an, dass der Jüngling jetzt zu folgender Präferenzbildung gelangt ist: 1. das Mädchen, 2. die Andere. Nach dem neuen Vermittlungsarrangement erfährt das Mädchen von der Zuneigung des Jünglings, was in Heines Gedicht offen gelassen ist. Die erste Präferenz von dem Anderen und der Anderen ist offensichtlich, auch hier sei aber der Vollständigkeit angenommen, dass beide lieber eine zweite Präferenz verwirklichen würden als allein zu bleiben. Die Präferenzbildung des Mädchens sei: 1. Der Andere, 2. Der Jüngling. Bei diesem Arrangement kämen dann zwei Paare zustande: (1) Der Andere & Eine Andere, wie bei Heine; (2) Jüngling & Mädchen. Die Paarbildung (1) ist für beide Partner optimal, die Paarbildung (2) ist zwar aus Sicht des Mädchens nicht optimal – aber (2) ist dennoch stabil. Denn der Andere aus (1) wird seine Verbindung nicht um des Mädchens willen verlassen.

Dieses ist ein wesentliches Ergebnis des nach den US-Amerikanern Gale und Shapley benannten Algorithmus für One-to-One-Matchings. Seit ihrem

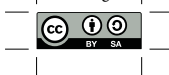
Aufsatz „College Admissions and the Stability of Marriage“² beschäftigt man sich in der Spieltheorie immer intensiver mit der Frage, welche Algorithmen in unterschiedlichen Matchingkonstellationen zur Anwendung kommen können, damit das Endergebnis stabil ist. Das betrifft auch jene zweiseitigen Many-to-One-Matchings, wenn Bewerber Präferenzen über Hochschulen und Hochschulen Präferenzen über ihre Bewerber bilden. Es empfiehlt sich hier normalerweise ein zentralisiertes Verfahren, bei dem die Zuordnung koordiniert wird.

Dienstleistungen und Matchingprobleme

Grundsätzlich entsteht das Zuordnungsproblem auch beim Kauf von Waren, wo es aber über Preisbildung auf Märkten gelöst wird. Komplizierter wird es, wenn es um die Zuordnung komplexerer Qualitäten insbesondere personaler Art geht und beide Seiten der Zuordnung oder Verbindung zustimmen müssen. Das ist z.B. bei wenig standardisierten Dienstleistungen der Fall. Wenn der ‚Kunde‘ selbst sehr stark an der Erbringung der Gesamtleistung beteiligt ist und bestimmte personale Qualitäten mitbringt, ist es dem Musiklehrer oder der Therapeutin nicht unbedingt gleichgültig, wen er oder sie als Schüler oder Klientin annimmt. Die Probleme des Zueinanderfindens nehmen zu, (1) wenn in dem jeweiligen Bereich ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage besteht, so dass sich eine Seite leisten kann, besonders wählerisch zu sein, und (2) wenn die Dienstleistung ganz oder teilweise öffentlich finanziert wird, und/oder (3) aus ethischen oder sonstigen Gründen eine freie Preisbildung – etwa auf dem Wege der Auktion – ausgeschlossen sein soll.

Zuordnungsprobleme in Bildungseinrichtungen beginnen in großen Kommunen schon bei den Kindergärten. Der Staat könnte das Verteilungsproblem auf sehr einfache Weise lösen, indem er bestimmte, dass jedes Kind den nächstgelegenen Kindergarten zu besuchen habe. Dann weiß jeder, wo er oder sie hingehört. Es herrscht aber auch kein Wettbewerb, was Nachteile mit sich bringt. Lässt man den Wettbewerb zu, dann muss die einfache Zuordnungsregel aufgegeben werden. Wenn dann die bestehende Nachfrage sich auf bestimmte Kindergärten konzentriert und diese Ungleichverteilung noch verstärkt wird

² In: The American Mathematical Monthly, Vol. 69, No.1 (Jan. 1962), 9-15.



durch einen allgemeinen Mangel an Kitaplätzen; und wenn andererseits deren Vergabe auch nicht einer freien Preisbildung unterliegen (soll), dann werden zwangsläufig Probleme daraus entstehen, dass die Eltern versuchen, frühzeitig Optionen auf mehrere Plätze gleichzeitig zu erwerben. Bei atomistischem Verhalten aller Akteure wird infolgedessen aber auch das Annahmeverhalten immer unsicherer. Der Verfahrensaufwand steigt für alle Beteiligten, und für eine hinreichend große Kommune mit zahlreichen Kindergärten unterschiedlichen Profils lässt sich vorhersehen, dass die Wahrscheinlichkeit einer inferioren Endverteilung auf die Kitas steigt: Artur hat einen Platz im Katholischen Kindergarten ‚Sankt Matthias‘ bekommen und Anna im Städtischen Kindergarten ‚Gerade Linie‘. Bei einem Tausch der Plätze würden beide sich besser stehen, ohne dass ein Dritter dadurch einen Nachteil erführe.

In den Vereinigten Staaten, die in Deutschland gern als Vorbild für einen freien Wettbewerb in hierzulande stärker regulierten Bereichen dienen, wurden derartige Matchingprobleme theoretisch und praktisch intensiv bearbeitet. Im Jahr 2012 erhielten die beiden Mathematiker und Ökonomen Alvin E. Roth und Lloyd S. Shapley dafür den Wirtschaftsnobelpreis.³ Vermutlich war das Vergabekomitee dankbar, ein solch unverdächtiges Forschungsgebiet auszeichnen zu können, nachdem die Mainstreamökonomie zur Voraussage des Börsencrashes im Jahr 2000 und der Finanzkrise von 2007f. nichts beigetragen hatte.

Im Vergleich zu Kitas gewinnt die Zuordnungsproblematik bei der Vergabe von Studienplätzen eine ganz andere Dimension. Studienplätze kosten viel mehr; sie werden in Deutschland vom Steuerzahler verschenkt (beispielsweise auch im Unterschied zu Plätzen in Ausbildungen zum Handwerksmeister oder zur Physiotherapeutin) und der ‚Markt‘ erstreckt sich über das gesamte Staatsgebiet. In Deutschland gibt es gegenwärtig 399 Hochschulen (davon 238 staatliche) mit 17.437 Studiengängen (davon 7.685 Bachelor). Von den grundständigen Studiengängen (für Studienanfänger) ist gegenwärtig

rund die Hälfte zulassungsbeschränkt, im Studienjahr 2013 gab es 500.666 Studienanfänger.⁴

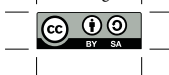
Infolgedessen kommt es bei einer deregulierten Hochschulzulassung zwangsläufig zu jenen Allokationsproblemen, wie sie oben am Beispiel der Kindergärten erwähnt worden sind: Mehrfachbewerbungen, Mehrfachzulassungen, Nicht-Annahme von Studienplätzen, zeitliche Verzögerungen, inferiore Endverteilung bei allgemeiner Steigerung des Verfahrensaufwands für alle Beteiligten. Darüber hinaus tritt aber auch der schlechteste Fall ein: Plätze in heftig begehrten Studiengängen bleiben am Ende völlig unbesetzt. Der Anteil wurde in Deutschland auf ca. 15 Prozent geschätzt. Das ist weder aus Sicht der leer ausgegangenen Bewerber, noch aus Sicht der Steuerzahler akzeptabel. Wie konnte es dazu kommen?

Lernen und Vergessen

Das Problem ist in (West-)Deutschland schon lange bekannt. Im Jahr 1967 wurde daher eine Zentrale Registrierstelle für die medizinischen Fächer geschaffen, aus der dann die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) hervorgegangen ist. Diese ZVS war nicht besonders beliebt, wie das von einer Einrichtung nicht anders zu erwarten ist, die den Mangel verwaltet und dabei nicht alle Wünsche erfüllen kann. Durch diese Einrichtung wurde aber Kapazitätsauslastung erreicht und gerade die Rechte der Bewerber waren gestärkt worden. Auf Hochschuleseite hatte man (mit Unterstützung des Bundesverfassungsgerichts) eine Lektion gelernt, aber insbesondere in den 90er Jahren nahm die Kritik an der ZVS zu. Der wichtigste Punkt auf Hochschuleseite war, dass die Auswahlkriterien beschränkt auf die Zeugnisnote des Abiturs waren und auf eine Zulassungsquote nach dem Kriterium der Wartezeit. Auf diese Weise werde die Profilbildung der Hochschulen und ihr Wettbewerb um die bestgeeigneten Bewerber und der besten Bewerber um die besten Hochschulen behindert. Eine unternehmerische Hochschule müsse die Freiheit haben, sich ihre Bewerber selbst auszusuchen, insbes. durch den zusätzlichen Einsatz von Tests und Auswahlgesprächen. Als Vorbild für diese ‚Selbstausswahl‘ dienen einige private Hochschulen,

³ Eine knappe und sachverständige Würdigung durch Jacob Klaas Goeree und Konrad Mierendorff in: Neue Zürcher Zeitung vom 20. 10. 2012, <http://www.nzz.ch/der-oekonom-als-ingenieur-1.17699797>.

⁴ Hochschulrektorenkonferenz (HRK): Statistische Daten zu Studienangeboten an Hochschulen in Deutschland. Wintersemester 2014/2015, und Hochschulen in Zahlen 2015. Beide Dokumente stehen zur Verfügung über: <http://www.hrk.de/themen/hochschulsystem/arbeitsfelder/statistik/>.



die sich ihre Bewerber in aufwändigen Auswahlverfahren (insbes. in Bewerbungsgesprächen) nach eigenen Kriterien aussuchen.

Das Argument der Profilbildung hat zumindest theoretisch eine Berechtigung, insofern man sich eine Hochschullandschaft vorstellen kann, in der sich dieselben Studiengänge derselben Hochschulart inhaltlich und in ihren Bildungszielen deutlich voneinander unterscheiden. Innerhalb der vorgesehenen Quote für die Selbstauswahl wäre aber auch dieses Ziel durch die ZVS zumindest nicht konterkariert worden, und die Folgezeit hat gezeigt, dass eine Profilbildung bei den Auswahlprozeduren jedenfalls nicht stattgefunden hat. Vor die Alternative gestellt: Abschaffung der koordinierten Studienplatzvergabe oder Beibehaltung derselben, ggf. mit gewissen Modifikationen, sprachen nahezu alle Argumente für eine Beibehaltung derselben. Zu diesem Ergebnis kam auch eine Reihe von Experten.⁵ Zumindest die Hochschulseite war aber gewillt, die zuvor gelernte Lektion wieder zu vergessen.

Beschränktheit aus Interesse

Die Bedeutung der ZVS als Vermittlungsstelle für Studienplätze (außer für Medizin) hatte schon um die Jahrtausendwende abgenommen, da sich ihr immer mehr Hochschulen durch lokale Vergabeverfahren entzogen hatten. Einzelne Länder haben dabei offene Obstruktion betrieben, welche praktisch die gänzliche Abschaffung der ZVS zum Ziel hatte. Dafür gab es einige, allerdings massive Interessensgründe und einen ideologischen Hauptgrund.

Die Nachfrageseite – bestehend aus Jugendlichen zwischen Abitur und Studium – kam in der gesamten Diskussion um die Hochschulzulassung überhaupt nicht vor. Das ist nicht verwunderlich, da sich diese Jugendlichen in einem Zwischenzustand ohne jeglichen sozialen Status befinden. Seitens der Eltern ist auch kein lautstarker Protest erhoben worden, während die Einführung von Studiengebühren von Anfang an umstritten gewesen ist.

Umso massiver hat die Angebotsseite in Gestalt der Hochschulen ihre Interessen ins Spiel gebracht – beispielsweise durch die Hochschulrektorenkonferenz.⁶

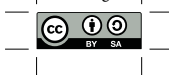
Sie forderten lautstark die erwähnte *Selbstauswahl*. Unter diesem Schlagwort wurde dem uninformatierten Publikum erstens die implizite, aber falsche Vorstellung vermittelt, dass die Hochschulen sich ihre Bewerber bislang nicht auch schon selbst hatten auswählen können. Das stellt insofern eine grobe Vereinfachung dar, weil sogar eine Zuweisung durch die ZVS ja aufgrund einer Auswahl nach der Leistung im Abitur erfolgt war – die Hochschulen sich dieselben Bewerber aber ebenfalls selbst ausgewählt hätten, wenn sie dieselben Auswahlkriterien in einem eigenen Auswahlverfahren vor Ort angelegt hätten. Außerdem hatte man eine Quote für die Selbstauswahl eingeführt. Zweitens aber bestand die eigentliche Hoffnung und Forderung darin, mit dem Recht zur Selbstauswahl zugleich die verhasste Kapazitätsverordnung (KapVO) loswerden zu können. Diese verpflichtet die Hochschulen, aufgrund der vorhandenen Kapazitäten eine gewisse Anzahl von Studienplätzen anzubieten, was wiederum erst die Rechtsgrundlage ist dafür, unter den Bewerbern auswählen zu können. Wäre dieser Zusammenhang zwischen Kapazitäts- und Zulassungsrecht in der öffentlichen Diskussion hergestellt worden, dann hätte das Publikum sich die Frage gestellt, ob es den Hochschulen erlaubt sein soll, in Verhandlungen mit den jeweiligen Landesministerien selbst darüber zu entscheiden, wie viele Bewerber sie aufnehmen wollen. Eine solche Verhandlungslösung aus dem Hinterzimmer hätte wohl kaum öffentliche Unterstützung erfahren und wohl auch nicht einer gerichtlichen Überprüfung standgehalten.

Im Kontext einer Erbauung von Leuchtturm-Hochschulen in Deutschland und einer umfassenderen Elitendiskussion wurde nach der hundertprozentigen Selbstauswahl am lautesten von jenen Hochschulen gerufen, die sich selbst die besten dünkten. Sie hofften, dadurch die ‚besten‘ Bewerber frühzeitig an sich binden zu können. Von der Hochschule unmittelbar durchgeführte zusätzliche Auswahlverfahren, insbesondere Tests und Auswahlgespräche, waren ihnen besonders wichtig. Die Hochschulseite wurde hierbei von zahlreichen Wissenschaftsministerien unterstützt – insbesondere im hochschuldichten Lande Baden-Württemberg, das die Vorreiterrolle für sich beanspruchte. Dabei begingen aber insbesondere

⁵ Siehe z.B. die Debatte in den Heften der Zeitschrift *Das Hochschulwesen (HSW)* des Jahres 2004 (52.Jg.).

⁶ Vgl. z.B. die *Grundsatzklärung zur zukünftigen Studienplatzvergabe* der HRK-Plenarversammlung vom 15./16. Februar 1993 sowie die Stellungnahme *Zur Änderung des Staatsvertrages und*

der Vergabeverordnung zur Vergabe von Studienplätzen vom 16./17. Feb. 1998. Beide Beschlüsse hatten allerdings noch nicht die vollständige Abschaffung der ZVS zum Ziel.



die universitären Spitzeninstitute entscheidende Denkfehler – weil man im Hochgefühl der eigenen Position sich keine Gedanken darüber gemacht hatte, wie wohl die Gegenseite reagieren würde. Gerade die ‚besten‘ Hochschulen mussten feststellen, dass sie innerhalb der deregulierten Hochschulzulassung keineswegs bessere Annahmequoten hatten als schlechtere Hochschulen. Im Gegenteil: Wenn sich wunschgemäß die besten Bewerber bei den besten Hochschulen bewerben, und zwar wegen der schwer kalkulierbaren Zulassungschancen in den lokalen Auswahlprozeduren an mehreren Hochschulen gleichzeitig, dann werden gerade die besten Bewerber die mehrfach erhaltenen Zulassungen nur zu einem geringen Prozentsatz annehmen können. Umso mehr fiel ins Gewicht, dass die selbstgestrickten Tests und die Auswahlgespräche sehr aufwändig waren und zugleich professionellen Standards häufig nicht genügten – ohne die Auswahlergebnisse verbessern zu können, wenn sie dieselben nicht noch verschlechtert haben. Die keineswegs heilige Einfalt der deutschen Hochschulen erhellt insbesondere daraus, dass sich dieselben zur Entwicklung jeweils eigener Bewerbungstests animiert sahen durch diffusen Verweis auf die selektiven Spitzenhochschulen der Vereinigten Staaten, dem gelobten Land des Wettbewerbs. Die amerikanischen Tests werden aber hochschulübergreifend durch nationale Testagenturen durchgeführt. Wer dagegen in Deutschland das Fach X an den Hochschulen A, B und C studieren wollte, musste sich nun zum Gesprächs- und Testtourismus aufmachen, weil weder Gesprächs- noch Testergebnisse von A nach B und C transferierbar waren. So wurde aus amerikanischem Einheits-Test-Sinn ein deutscher Vielfalts-Test-Unsinn, der bei allem Dilettantismus auch noch den beschworenen Wettbewerb behinderte und das beklagte, wohnortnahe Studieren begünstigte. Die Folge: Während nicht wenige Fachbereiche am liebsten wieder zu dem zuvor verworfenen Kriterium der Abiturnote als einzigem Auswahlkriterium zurückgekehrt wären, mussten sie von einigen Ministerien nachträglich zur Erfüllung ihrer eigenen Forderung nach Hinzuziehung weiterer Kriterien per Landesgesetz nachträglich gezwungen werden.

Das Ergebnis dieser Deregulierungs- und Dezentralisierungsbestrebungen: Die Auswahlprozedur war nicht nur extrem aufwändig, sondern auch im Ergebnis ineffizient und daher im landläufigen Sinn irrational. Was die Irrationalität betrifft, ist das folgende

Detail besonders bemerkenswert: Zu Recht verlangten eigentlich bestimmte Rechtsvorschriften, dass freigebliebene Studienplätze kurz vor Semesterbeginn noch verlost werden mussten. Immerhin hatte der Steuerzahler dafür ja schon gezahlt. Wenn nun aber gerade in den hoch selektiven Studiengängen am Ende das Los über die Vergabe zahlreicher Studienplätze entschied, musste das Lächeln der Fortuna den Verfechtern der elitären Selbstauswahl als ein Hohngelächter auf die prätendierte Wettbewerbsrationalität ihrer Auswahlprozeduren erscheinen. Man hat daher eine Zeit lang versucht, diesen paradoxen Sachverhalt zu kaschieren, indem man die Losverfahren gar nicht oder halbherzig durchgeführt hat. Diesem Treiben konnten – wegen der unbesetzt bleibenden Studienplätze – wiederum die zuständigen Ministerien als Sachwalter des öffentlichen Interesses nicht untätig zusehen.

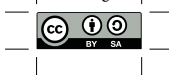
Das missglückte Schauspiel der deregulierten Selbstauswahl an Deutschlands hohen Schulen lehrt eindrücklich, dass von denselben keine höhere Vernunft zu erwarten ist, sobald es um die eigenen Interessen geht. Wegen einer dort besonders ausgeprägten institutionellen Beschränktheit ist man insbesondere nicht in der Lage, sich auch in die Situation der Kontrahenten und Mitspieler zu versetzen.

Ideologie

Im Jahr 1945, spätestens aber 1989 soll das Zeitalter der Ideologien geendet sein. Das mag im emphatischen Sinn gelten, wenn man die Religion(en) nicht dazu rechnet. Es gibt aber gute Gründe für die Annahme, dass die neoliberal inspirierten Reformen um die Jahrtausendwende auch ideologische Züge trugen⁷ – zumindest was die Kunst betrifft, konkrete Einwände nicht zur Kenntnis zu nehmen oder wegzuglauben. Dies zu zeigen, taugt der Nebenkriegsschauplatz der Bildungsreformen mindestens ebenso gut wie die Hauptschlachtfelder der neoliberalen Politik in den 90er Jahren: Die Deregulierung der Finanzmärkte und die Transformationsprozesse in den osteuropäischen Ländern.

Spätestens Mitte der 90er Jahre fanden neoliberale Denkmotive und Schlagworte Eingang in die

⁷ Die neoliberale Bewegung selbst ist durchaus vielschichtig und ohne umfassende ideologische Geschlossenheit. Einen *summary statement of the doctrine* bietet Philipp Mirowski: *Defining Neoliberalism*. in: Ders., Dieter Plehwe (Hg.): *The Road from Mont Pèlerin* (2009), 417-455, insbes. 433-440.



Bildungspolitik. Forderungen nach einer Stärkung der Wettbewerbskräfte im Zusammenhang mit Deregulierung, Dezentralisierung, teilweise auch Privatisierung schienen mit einer höheren Berechtigung einherzugehen und eine entsprechende Ordnungspolitik von vornherein zu legitimieren. Zwar regte sich auch ein rumorendes Unbehagen an jener ‚Ökonomisierung‘, wie sie insbesondere vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Ministerien und Hochschulen getragen wurde.⁸ Doch mit erstaunlicher Geschwindigkeit verbreitete sich zumindest in den Hochschulverwaltungen nicht nur der Ruf nach mehr Autonomie, sondern auch eine durch die Betriebswirtschaftslehre geprägte Redeweise, wonach die ‚unternehmerische Hochschule‘ beispielsweise die Studierenden als *Kunden* zu betrachten habe.

Konkret zur Hochschulzulassung: Insbesondere nach den Vorerfahrungen, die zur Einführung der ZVS geführt hatten und bei einem Blick auf andere Länder; mit gesundem Menschenverstand und nicht zuletzt bei Berücksichtigung des Standes der Wissenschaft hätte vollkommen klar sein können, dass eine Abschaffung der Koordination nur eine Verschlechterung der Gesamtsituation zur Folge haben würde. Es ließ sich dafür letztlich kein anderes Argument anführen als der ebenso schlichte, wie durch rationale Einwände nicht zu erschütternde Glaube, dass ‚der Wettbewerb‘ (in Analogie zu ‚dem Markt‘) schon von sich aus zu einem Ergebnis führen werde, das letztlich für alle Beteiligten das Beste sein würde.

Zeitweise war es eine Art von auratischer, oder doch zumindest modischer Zeitgeist-Qualität, welche den neoliberalen Schlagworten zukam und entsprechenden Bemühungen auch im Bildungssektor eine höhere Rechtfertigung zukommen ließ. Bedenkt man noch den Aufbruch der Transformationsökonomien im ehemaligen Ostblock und die gleichzeitigen Lobeshymnen auf die New Economy als der besten aller ökonomischen Welten sowie schließlich die Tatsache, dass in den 90er Jahren der Börsenkapitalismus und die Finanzmärkte Anlauf zu ihren Exzessen genommen haben, dann wird leichter verständlich, warum dem oben erwähnten Glauben an Markt und Wettbewerb tatsächlich irgendeine höhere Berechtigung zuzukommen schien. Das galt angesichts der herauf-

ziehenden Wissensgesellschaft auch für Sozialdemokraten (Schröder-Blair-Papier 1999, Agenda 2010).

In den Massenmedien hatte man sich schnell das griffige Schlagwort der ‚Selbstausswahl‘ zu eigen gemacht, wodurch beim Publikum (und zunächst vermutlich auch bei wenig informierten Journalisten) die Vorstellung erweckt wurde, dass sich eine deutsche Hochschule bislang ihre Bewerber nicht selbst hatte aussuchen dürfen. „Das kann nicht sein!“ sagte sich der Zeitungsleser und ging zum nächsten Artikel über. Keineswegs gebessert wurde die gedankliche Durchdringung durch detailreiche Reportagen von den personalisierten Auswahlprozeduren an einigen privaten Hochschulen, die als Vorbild hingestellt wurden. Damit wurde jenem ebenso fundamentalen wie häufigen Denkfehler Vorschub geleistet, der da lautet: „Was im Einzelfall gut ist, ist für Alle gut“ – und also als Verhaltensmaxime verallgemeinerbar.

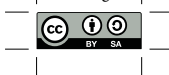
Bedenkt man, dass kluge Köpfe aus der bundesdeutschen Geistes-Elite, wie Konrad Adam (zunächst FAZ, dann „Die WELT“), Peter Frankenberg (Universität Mannheim, Minister) und Olaf Henkel (u.a. BDI) sich für die hundertprozentige Selbstausswahl durch die Hochschulen eingesetzt hatten, ohne die Frage der Koordination zu erwägen, dann wird noch deutlicher, welche formierende Macht die neoliberal inspirierten Schlagwörter zu entfalten vermocht haben – nicht zuletzt im Namen der ‚Freiheit‘. Verglichen mit den Verheerungen, welche andere politische Ideologien angerichtet haben (und teilweise auch der Neoliberalismus in anderen Ländern), ist das deutsche Hochschulzulassungsproblem nur eine Marginalie. Diese ist aber so lehrreich, weil die nachteiligen Folgen bloßer Deregulierung so offen vor Augen liegen konnten – und sie dennoch durchgeführt wurde. Inzwischen hat man begonnen, sich sozusagen die Augen zu reiben, und insgesamt hat eine Historisierung neoliberaler Politik eingesetzt.⁹

Roll back

Die Hochschulen haben vorhersehbare Fehler gemacht, aber sie entwickelten immerhin auch erneute Lernbereitschaft – nicht zuletzt wegen steigenden Drucks von außen. Im November 2007 hat daher die

⁸ Detlef Müller-Böling: Die entfesselte Hochschule. Gütersloh 2000.

⁹ Z.B.: Colin Crouch: The strange Non-death of Neo-liberalism (2011); Daniel S. Jones: Masters of the Universe. Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics (2012); Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent (2014).



Hochschulrektorenkonferenz eine Koordinierung der Studienplatzvergabe wieder gefordert. Formell ist die ZVS dann erst im Jahr 2010 abgeschafft und ersetzt worden durch die Stiftung für Hochschulzulassung, welche bundesweit zunächst vor allem die Studienplatzvergabe in den medizinischen Studiengängen und in Pharmazie koordiniert hat. Für die lokal zulassungsbeschränkten Studiengänge entwickelte die Stiftung ein „Dialogorientiertes Service Verfahren“, das im Jahr 2012 erstmals zur Anwendung kam. Das neue Verfahren ist tatsächlich eine Weiterentwicklung. Über einen ziemlich guten, mehrstufigen Algorithmus wird eine hundertprozentige Selbstauswahl und zugleich eine Koordination der Zulassungsverfahren erreicht. Nach Abschluss des regulären Verfahrens werden möglicherweise nicht besetzte Studienplätze kurz vor Semesterbeginn über zwei zeitlich versetzte Losverfahren zentral vergeben. Jeder kann an dieser Verlosung teilnehmen. Es muss sich erst noch zeigen, ob das Zufällige auf Dauer eine nennenswerte Bedeutung in diesem neuen Vermittlungsverfahren bekommen wird.

Offensichtlich ist jetzt der Vorwurf hinfällig, eine Behörde weise nach starren Kriterien und Quoten die Bewerber auf bestimmte Hochschulen zu. Die Angelegenheit scheint damit nach dem vermeidbaren Zwischenspiel der Ineffizienz endlich auf einem guten Weg. Als ein Fehler ist zu werten, dass man die alte Form der Koordination praktisch aufgegeben hat, bevor man eine neue zur Verfügung hatte – es sei denn, man vertritt die Meinung, in der Politik müsse man der Maxime folgen, ein altes Haus sei zunächst abzureißen, bevor man daran denken kann, ein neues zu bauen.

Als ein weiterer großer Nachteil hat sich die Freiwilligkeit der Teilnahme an der koordinierten Studienplatzvergabe herausgestellt. Teilen wir die Studiengänge in zwei Mengen ein: in jene, die an der Koordination teilnehmen und jene, die nicht teilnehmen. Je kleiner die Menge der Teilnehmer im Verhältnis zu den Nichtteilnehmern ist, umso stärker wird die Bemühung um Koordination entwertet. Es wird dann um so unsicherer, ob eine Person, die sich für einen und oder mehrere Studiengänge im Koordinationsgebiet beworben hat, ihre Zulassung tatsächlich annehmen und eine schon erfolgte Immatrikulation nicht rückgängig machen wird – weil sie auch noch Zulassungen in jenem Gebiet erhalten kann, wo sich Hochschulen der Koordination wegen partikularer Interessen verweigern. Die Freiwilligkeit

der Teilnahme bleibt ein Zugeständnis an die neoliberale Grundüberzeugung, dass administrativer Zwang möglichst zu vermeiden sei. Auch wenn einzelne Länder angefangen haben, ihre Hochschulen zur Teilnahme zu drängen, ist einstweilen offen, ob auf dem Weg der Freiwilligkeit eine so große Teilnahmedichte erreicht werden kann, dass die Vorteile der zentralen Koordination offenkundig werden. Das ist bislang nicht der Fall. Ohne Druck wird sich an den Hochschulen die Teilnahme an diesem Spiel vermutlich nicht durchsetzen lassen.

Nichts dem Zufall überlassen?

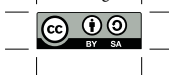
Gott würfelt nicht.
(Albert Einstein)

Unter den Glücksspielen bin ich das Würfelspiel.
(Bhagavad Gita X,36)

Zahlreiche Argumente sprechen für ein zentralisiertes Matching der Studienplatzvergabe in Deutschland. Gleichwohl soll abschließend der Versuch unternommen werden, ein paar Gesichtspunkte zusammenzutragen, die gegen ein derart perfektioniertes Marktdesign sprechen könnten.

Eine der zentralen Gründerfigur der neoliberalen Bewegung, Friedrich A. v. Hayek, hat immer wieder die Zurückhaltung, ja Bescheidenheit betont, welche geboten sei hinsichtlich des Wissbaren und damit zentral Planbaren in gesellschaftlichen und ökonomischen Angelegenheiten – mit einem fast konservativ anmutenden Respekt vor tradierten Einrichtungen und Bräuchen, von denen zunächst anzunehmen ist, dass es einmal gute Gründe für ihre Entstehung gegeben hat. Die Abwehr richtet sich gegen eine rationalistische und perfektionistische Gesellschaftsplanung – auch wenn sie im liberalen Gewand daher kommt.¹⁰ Zugleich war Hayeks Sympathie groß für das Experiment und die Entstehung spontaner Ordnungen – ja für das Zufällige, welches insbesondere bei Innovationen und unternehmerischen und biographischen Erfolgen eine Rolle spiele. In der

¹⁰ Vgl. Friedrich A. von Hayek: Die Verfassung der Freiheit. Tübingen 1971 (engl. 1960), insbes. Kap. II: Die schöpferischen Kräfte einer freien Zivilisation (30-47), 79-84. Grundsätzlich gegen den „cartesischen Konstruktivismus“: „The Results of Human Action but not of Human Design“, in Ders.: Studies in Philosophy, Politics and Economics. Chicago 1967, 96-105. Dieses Buch ist Karl Popper gewidmet.



Bandbreite dessen, was als neoliberal bezeichnet wird, dürfen Hayek und die Ordoliberalen nicht identifiziert werden mit einer marktradikalen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, für die eher Milton Friedman steht – auch im Bildungswesen. Bei allem Respekt vor dem Arationalen, dem nicht Wissbaren und der Tendenz zu einer nicht-perfektionistischen, empirisch-evolutionären Begründung liberaler Positionen hat Hayek allerdings auch betont: „Der hier vertretene Antirationalismus darf aber nicht als Irrationalismus oder eine Berufung auf Mystizismus verstanden werden.“¹¹ Ein Teil der folgenden Bemerkungen wird den Bereich des „Mystischen“ aber zumindest streifen.

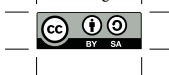
Öffentlich finanzierte Hochschulen müssen nicht zuletzt gegenüber dem Steuerzahler rechtfertigen, warum sie nur eine bestimmte Anzahl von Studienplätzen bereitstellen, und nach welchen Kriterien sie die Bewerber auswählen. Es liegt nahe, dass diese Auswahl nach dem Leistungsprinzip erfolgt. Dabei spielen (von einigen künstlerischen Studiengängen abgesehen) zu Recht die Schulnoten eine große Rolle – auch wenn dieses Auswahlkriterium ggf. durch andere Kriterien ergänzt wird. Die jeweilige Zulassung oder Ablehnung ist auf diese Weise zwar nachvollziehbar, aber auch nicht in jeder Hinsicht überzeugend – da weitgehend auf den Leistungen der Vergangenheit beruhend. Insbesondere wirft sie das Individuum völlig auf die eigene Leistung zurück – und wenn es sein Ziel nicht erreicht, ist es „selbst dafür verantwortlich“. Angesichts der Vielfalt von Faktoren, die auf eine Biographie einwirken, ist diese radikale Selbstverantwortlichkeit ihrerseits eine Form der Rationalisierung (im psychoanalytischen Sinn), welche insbesondere die Erfolgreichen gern betreiben. Man will alles sich selbst zu verdanken haben. Das radikale Freiheitspathos und die unbedingte Selbstverantwortlichkeit des Subjekts mag zwar eine begründbare moralische Forderung sein – als Beschreibung von Biographien sind sie selbst Ideologie. Es wäre daher eine zumindest symbolische Geste, wenn die freiheitliche Gesellschaft der Unüberschaubarkeit der Welt und den in ihr erzeugten (Bildungs-)Biographien dadurch Achtung erwiese, dass man einen nicht ganz unbedeutenden Teil der

Plätze von übernachgefragten Studiengängen grundsätzlich über das Los vergäbe. Hier haben alle Bewerber noch einmal dieselben Chancen. Des Weiteren könnte eine solche Entscheidung durch das Los ein Gegengewicht darstellen zu dem Erfordernis, um jeden Preis nachvollziehbare und gerichtsfeste Begründungen und Rechtfertigungen für die öffentliche Begünstigung von bestimmten Personen auf Kosten anderer vorbringen zu müssen. Dieses Erfordernis führt häufig nur zu pseudorationalen und pseudo-exakten Entscheidungen – etwa, wenn Nachkommastellen bei der Bewertung von Schulleistungen über die Annahme oder Ablehnung einer Bewerberin entscheiden.

Oder: Man stelle sich eine vollkommen deregulierte Hochschulzulassung vor – einschließlich unterschiedlicher Auswahlverfahren, bei denen die Bewerber persönlich erscheinen müssen. Alle negativen Begleiterscheinungen der Ineffizienz, die bereits erwähnt wurden, würden im Gewimmel eines unkoordinierten Bewerbungstourismus entstehen. Für diejenigen, die schließlich einen Studienplatz bekommen, hätte ein solches Verfahren aber immerhin den Vorteil, dass sie in höherem Maße den Eindruck hätten, ihren Studienplatz den eigenen, aktuellen Aktivitäten verdankt zu haben. Persönlicher Einsatz (an Zeit und Geld) und auch Glück können zum Erfolg führen – und mit den dafür gebrachten Opfern würde das Gefühl der persönlichen Bindung (an die Hochschule) stärker sein als in einem rational durchgeplanten Prozess, der vom heimischen Bildschirm aus in die Wege geleitet wird. Eine atomistisches Verhalten der Akteure, welches insgesamt dem rationalen, ökonomischen Prinzip definitiv nicht genügt, könnte wohlthätige, sozialpsychologische Folgen zeitigen aufgrund der gefühlten Selbstwirksamkeit. Es wäre zu überprüfen, ob das Chaotische in diesem Prozess durch Vermittlungsprozeduren mit Zufallsmatchings („Lotteries“) gemildert werden könnte, wie sie in dezentralisierten Matchingmärkten zur Anwendung gebracht werden können.

Insgesamt wäre von derartigen Organisations- bzw. Nicht-Organisationsformen zu erwarten, dass es in einer Mischung von zielgerichteten Aktivitäten und unvorhersehbaren Umständen häufiger dazu kommt, dass etwas sich unerwartet fügt oder auch nicht fügt. Glück und Zufall spielten eine größere Rolle – wie auf einer Reise, die nicht völlig durchgeplant ist. Ein solches Arrangement stünde nun allerdings in genauem Gegensatz zum allgemeinen Bemühen,

¹¹ Ebd. 87. Hayek sah sich selbst als eine Art Whig-Liberalen mit Respekt vor dem, was man nicht weiß. Die Neigung zum *Mystizismus* und eine mögliche Inanspruchnahme *übernatürlicher Erkenntnisquellen* sah er eher beim Konservativen, ebd. 491.

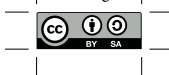


möglichst viele Vorgänge vorhersehbar und berechenbar zu machen – im Bereich der Gesellschaft wie in der Technik. Von technischen Gerätschaften erwarten wir, dass sie zuverlässig und sicher funktionieren. Das setzt meist voraus, dass man für die jeweilige Gerätschaft eine Umgebung schafft, in der sie dauerhaft funktionieren kann, beispielsweise Gebäude, Straßen oder Funkmasten. So braucht ein leistungsfähiger Server ein wohltemperiertes Ambiente, und über die Stromzufuhr und die Datenbahnen ist er ggf. mit einem weltumspannenden Netzwerk verbunden, ohne das er seine Dienste nicht verrichten kann. Das technische Artefakt ist nur Teil eines weitgespannten technologischen „Ökosystems“. Diese umfassende infrastrukturelle Abhängigkeit ist geeignet, die Tatsache zu verdecken, dass es auch oder gerade in einer Infrastruktur von globalen Dimensionen weiterhin Einfallstore des Ungeplanten gibt.

Wenn nun dem Ungeplanten und Zufälligen in Bildungsangelegenheiten bewusst Raum geschaffen würde unter offenkundigem Verzicht auf Effizienz und Planbarkeit, dann würde eine der möglichen Begründungen in der Tat in den Bereich des ‚Mystischen‘ hineinreichen. Das hängt mit den Eigenschaften des Zufälligen zusammen. Als ‚zufällig‘ bezeichnen wir ja umgangssprachlich Ereignisse nur deshalb, weil sie auf Wirkungszusammenhängen beruhen, die wir entweder in ihrer Komplexität nicht übersehen können und/oder die in weitere Umgebungen verweisen, welche die nicht vollständig unserer Kontrolle unterliegen. Das heißt aber nicht, dass es keine Wirkungszusammenhänge gäbe. Diese Kausalitätsketten führen allerdings in den Raum einer mehrdimensionalen Verbundenheit und Abhängigkeit der Ereignisse. Die alten Inder haben diese Einsicht im mythischen Bild von *Indras Netz* zum Ausdruck gebracht, und diese Intuition wurde dann u.a. vom Buddhismus weiter entwickelt. Die mentale Aussperrung der unabsehbaren kausalen (und eventuell auch akasalen, etwa synchronistischen) Verknüpftheit in den ingenieurhaften Bemühungen der Moderne ist insbesondere dem pragmatischen Bedürfnis nach Macht, Bequemlichkeit und Sicherheit geschuldet – zugegebenermaßen auch dem Ansatz methodischer Strenge in den Naturwissenschaften. Jedes naturwissenschaftliche Experiment setzt ja die methodische Aussperrung zahlreicher Variablen voraus, wenn es reproduzierbar sein soll. Das Experiment findet in einer artifiziellen Umgebung statt.

Wenn es denn eine „mystische“ Begründung gäbe, dem Unabsehbaren bewusst Raum zu geben, so müsste diese in dem Glauben wurzeln, dass darin auch wohltuende, positive Kräfte wirksam werden könnten – in diesem Falle vor allem biographischer Art. Eine derartige, konjekturale Ereignisfrömmigkeit wäre geneigt, in anscheinend Zufälligem etwas anzuerkennen oder zu suchen, das einer Notwendigkeit folgt, deren Wirkursachen wir nicht übersehen können, und zu einer teleologischen Deutung einlädt. Die Aufgabe bestünde eher darin, in Ereignissen einen Sinn zu erkennen oder zu konstruieren. Die Umgangssprache hält dafür Ausdrücke bereit wie: „Es hat sich so ergeben“, „es war eine Fügung des Schicksals“, „es ergab sich die Gelegenheit“, „ich habe das als einen Hinweis verstanden“ u.Ä. Wenn denn Individualisierungsschübe, Komplexitätszuwächse und Kontingenzerfahrungen ein Kennzeichen moderner, und erst recht postmoderner Lebenswelten sind, könnte vom Zufälligen eine wohltätige Entlastung jenes Subjekts erfolgen, das sich ständig entscheiden soll und sich dann selbst Alles zuzuschreiben hat. Zugleich wären derartige Einrichtungen eine nicht nur symbolische Referenz gegenüber dem Unabsehbaren und eine geringere Zumutung als die Aufforderung, sich selbst im entmaterialisierten Innovationskapitalismus immer wieder neu erfinden zu sollen.

Die Gewimmel-Option könnte allerdings nur erwägenswert sein, wenn eine zweite Säule neoliberaler Hochschulpolitik dauerhaft durchgesetzt würde, nämlich jene Studiengebühren, die so schnell wieder abgeschafft worden sind, wie sie eingeführt worden waren. Solche Gebühren wären ein ökonomischer Anreiz für die Hochschulen, die zur Verfügung stehenden Studienplätze tatsächlich vollständig zu besetzen und sich um die viel beschworene *Servicequalität* zu bemühen. Die öffentliche Diskussion über Studiengebühren hat unter einer groben Vereinfachung gelitten. Man hat vielfach so getan, als könnten solche Gebühren nicht anders als aus dem Einkommen oder Vermögen der Studierenden (bzw. ihrer Eltern) bezahlt werden. Aber auch wenn man aus sozialen Gründen in Deutschland alle Studienplätze weiterhin verschenken wollte, wäre es möglich, einen Teil der Subvention den Nachfragern in die Hand zu geben (z.B. in Form von Bildungsgutscheinen), statt eine hundertprozentige Subvention des Angebotes (der Hochschuleseite) zu betreiben. Eine solche Stärkung der ‚Marktmacht‘ ihrer ‚Kunden‘ liegt aber – gegen die offizielle Wettbewerbsrhetorik – weder im Interesse



der Wissenschaftsministerien noch der Hochschulen. Statt Geld und damit Macht an das Gewimmel der Nachfrager abzugeben, handelt man lieber zweiseitig aus, welche Hochschule wie viel bekommt.

Verfügbarkeit passender Alternativen die zeitliche Stabilität der Paarbeziehungen geschwächt wird.

Nachtrag: Der Ärger des Mädchens

Eine grundsätzliche Verweigerung gegenüber dem ökonomischen Kalkül scheint das Mädchen in Heines Gedicht veranlasst zu haben, aus dem engen Gesichtspunkt des Wählens auszubrechen und stattdessen einen Zufallsmann zu heiraten. So war sie befreit von der Mühsal des Suchens, Eingrenzens, Abwägens und Entscheidens im begrenzten Kreis bekannter Kandidaten. Und nicht zuletzt war sie befreit von den Denkwängen eines Männerrankings, das als seine Kehrseite die Opportunitätskosten der nicht realisierten Möglichkeiten in Anschlag bringt und in einen kognitiv-emotionalen Relativismus und Optimierungszwang zugleich hineinführt – nämlich unter den gegebenen Möglichkeiten die (relativ) beste realisieren zu wollen und sich ggf. mit dem Zweit- oder Drittbesten zufrieden geben zu müssen. Heine gibt als Motiv ‚Ärger‘ an. Das scheint etwas Anderes zu sein als Ereignisdemut oder Schicksalsgläubigkeit. Jedenfalls ist in der rigorosen Handlung des Mädchens Mut erkennbar, und das Sprichwort verspricht den Mutigen vor allem in Liebes- und Kriegesdingen: Fortes fortuna adiuvat. So wollen wir hoffen, dass unter dem Beistand der Fortuna ein Lebensbund entstanden ist. Ob dergleichen auch durch die Fortschritte der Vermittlungstechnologie zustande gebracht wird, erscheint dagegen nicht so sicher. Im Heiratsproblem der Spieltheorie geht es darum, stabile Matchings bei gegebenen Präferenzen hervorzubringen. Damit ist aber nichts zur Stabilität dieser Präferenzen in der Zeit ausgesagt. Wenn sich gegenwärtig die monogame Sequentialität als die vorherrschende Art der Paarbeziehung herausbildet, dann könnte die Verbreitung elektronischer Plattformen für die Partnersuche ein Faktor sein für eine Verkürzung der Sequenzen. Eine Trennung erscheint weniger riskant, wenn die Beschaffung von Ersatz über das Internet erleichtert wird. Der Einsatz von Technik bleibt bekanntlich nicht ohne Folgen für ihre Anwender, und der Rebound-Effekt der avancierten Vermittlungstechnologie für mittelfristig Bindungswillige und kurzfristig Paarungslustige bestünde dann darin, dass mit der leichteren

